



DEUTSCH  
PORTUGIESISCHER  
JOURNALISMUS-PREIS  
PRÉMIO DE JORNALISMO  
LUSO-ALEMÃO

## 2. Preis

**Tiago Carrasco**

**Die portugiesischsprachigen Opfer des Rechtsextremismus**

**Público, 30. Januar 2022**

Übersetzung: Michael Kegler

## Die portugiesischsprachigen Opfer des Rechtsextremismus

30. Januar 2022, Tiago Carrasco

Esperança Bunga hörte als Kind immer, ihre Mutter Mónica sei im Himmel. „Und ich dachte: ‚Sie ist im Himmel, und wann kommt sie zurück?‘ Lange stellte ich mir vor, sie sei dort im Urlaub und würde eines Tages zurückkommen“, erinnert sich die heute 27-jährige Angolanerin. „Erst als ich anfing, besser zu verstehen und zu begreifen, dass Menschen sterben, wurde mir klar, dass ich ohne sie leben musste.“

Ohne sie und ihre ältere Schwester Nsuzana, die beide in der Nacht zum 18. Januar 1996 bei einem Brand der Asylbewerberunterkunft in der Hafestraße 52 in Lübeck, 60 Kilometer nördlich von Hamburg, ums Leben kamen. Die damals zwei Jahre alte Esperança überlebte mit ihrem Vater João und der älteren, damals neun Jahre alten Schwester Juliana die Katastrophe, bei der damals zehn Menschen (darunter sieben Minderjährige) starben und Dutzende verletzt wurden. Die Geschichte stellt sich für sie heute anders dar: „Das Feuer sei von Rassisten gelegt worden, hieß es, und die seien gefasst und saßen lebenslang im Gefängnis“, sagt Esperança. Doch auch das war nur ein Teil der Wahrheit. Obwohl zahlreiche Indizien darauf hinwiesen, dass der Brand von vier Personen mit Verbindungen in die rechtsextreme Szene gelegt worden war, gelang es der Justiz nie, genügend Beweise für eine Verurteilung der Verdächtigen zusammenzutragen: 26 Jahre danach sind die Toten der Hafestraße immer noch ungesühnt.

In jener Nacht verließen vier Männer – René B., Heiko P. Dirk T. und Maik W. – im Alter zwischen 19 und 28 Jahren gegen Mitternacht den Ort Grevesmühlen (im ehemaligen Ostdeutschland) und fuhren in einem alten cremefarbenen Wartburg ins 48 Kilometer entfernte Lübeck. Um ein Auto zu stehlen, wie sie selbst zugaben, was ihnen auch glückte: Gegen 1 Uhr stahlen sie einen VW Golf GTI und wurden anschließend mit beiden Autos an mehreren Orten der Stadt gesehen. Um 3:55 Uhr wurde der Wartburg mit drei Insassen (Dirk T. war zu der Zeit schon mit dem Golf verschwunden) in der Nähe des brennenden Hauses von der Polizei angehalten. Dann fuhren sie wieder nach Hause. Im Laufe des Tages wurden dann alle vier mit Verbindungen zur Neonazi-Szene als Hauptverdächtige festgenommen. Rechtsextreme Brandanschläge auf Wohnhäuser von Ausländern oder Geflüchteten-Unterkünfte waren damals fast an der Tagesordnung in Orten wie Mölln, Rostock oder Hoyerswerda und hatten dort auch Todesopfer gefordert.

Alles schien die vier Männer zu belasten. Ihre rassistischen Überzeugungen waren offensichtlich – Dirk T. war auch bei den Brandanschlägen in Rostock dabei gewesen, Maik W. war in der Szene als „Klein Adolf“ bekannt – und einer der beiden hatte drei Kanister mit Dieseltreibstoff im Kofferraum. Außerdem stellte die Polizei bei dreien von ihnen Brandspuren an Haar und Augenbrauen fest, die mit größter Wahrscheinlichkeit in den 24 Stunden vor ihrer Ergreifung entstanden waren (eine Spur, die verschwiegen und den Ermittlern erst im Juli, also sieben Monate später, mitgeteilt wurde).

Zudem kam es der Polizei suspekt vor, dass zwei der Verdächtigen angaben, beim Vorbeifahren an der Hafestraße eine Leiche gesehen zu haben, „die noch brannte“, obwohl zum angegebenen Zeitpunkt noch gar nicht bekannt war, dass es Brandopfer gab (tatsächlich gab es eins, Sylvio Amassou, ein 27-jähriger Mann aus Togo, der von den Neonazis bedroht und im Erdgeschoss an einen Tisch gefesselt worden war; seine Leiche wurde aber erst nach den Löscharbeiten gefunden). Trotzdem wurde die Grevesmühlener Gang schon am nächsten Tag, am 19. Januar, aufgrund von zwei starken Alibis wieder freigelassen: Die erste brandtechnische Untersuchung war zu dem Ergebnis gekommen, das Feuer sei im ersten Stock ausgebrochen, wo sie nicht hätten eindringen können, und der Besitzer einer Tankstelle gab an sie zu einem Zeitpunkt dort gesehen zu haben, an dem sie nicht am Tatort hätten gewesen sein können. Sie wurden nie mehr offiziell mit dem Anschlag in Verbindung gebracht.

Die Aufmerksamkeit richtete sich nunmehr auf die Bewohner des Hauses. Schließlich wurde der Libanese Safwan E. festgenommen, der angeblich noch in der Nacht der Tragödie einem Feuerwehrmann gegenüber ein Geständnis abgegeben hatte. Trotz Hinweisen, dass der Zeuge mit rechtsextremistischen Kreisen in Verbindung stand, wurde Safwan E. zwei Mal der Prozess gemacht; schließlich wurde er wegen Mangels an Beweisen und eines fehlenden Motivs freigesprochen. „Am Anfang waren sich Presse und Öffentlichkeit einig, dass es ein rechtsextremistisch motivierter Anschlag war. Nach der Freilassung der Verdächtigen und der Festnahme des Bewohners hieß es dann, das Feuer sei durch Meinungsverschiedenheiten unter den Bewohnern entstanden“, sagt Andreas Juhnke, Autor von *Brandherd*, einem Buch über die Tragödie in der Hafestraße. „Wie so oft wurden in der öffentlichen Wahrnehmung Opfer zu Tätern gemacht. Man beschuldigte sie, unter Verfolgungswahn zu leiden, und man benutzte den Fall, um die Diskussion über Rassismus in Deutschland als übertrieben darzustellen und das Problem kleinzureden.“

Einer der Verdächtigen, Maik W., gestand in einem Interview mit Juhnke sogar die Brandstiftung, widerrief dies jedoch später. Dann beanspruchte „Klein Adolf“ den

Brandanschlag über Jahre für sich, drei Mal insgesamt, einmal sogar gegenüber der Polizei, zog die Aussage später aber zurück. Auch Heiko P. räumte seine Beteiligung an der Tat einem Freund gegenüber ein. Die Alibis der Bande erwiesen sich als falsch: Erneute Untersuchungen ergaben, dass das Feuer im Erdgeschoss ausgebrochen war, und es wurde bekannt, dass der Betreiber der Tankstelle selbst Sympathien für den Nationalsozialismus hegte. „Der Fall ist alles andere als ungeklärt“ sagte Gabriele Heinecke, die Anwältin von Safwan E., nach dem Freispruch ihres Mandanten gegenüber der Presse. „Der Fall ist eigentlich gelöst, es gibt einen hinreichenden Tatverdacht für eine Anklage.“ Doch der Fall wurde nie wieder aufgenommen, und die Verdächtigen befinden sich weiter auf freiem Fuß.

Bis vor kurzem dachte Esperança Bunga noch, sie seien im Gefängnis. Erst vor zwei Jahren erfuhr sie die wahren Todesumstände ihrer Mutter und ihrer Schwester: „Wir stiegen alle aufs Dach, um von dem Qualm wegzukommen. Meine Mutter dachte in Panik, sie könne von dort aus in einen Bach springen. Sie nahm meine Schwester und sprang, um sich zu retten. Doch sie kam auf dem Boden auf und nicht im Wasser. Meine Mutter war sofort tot, meine Schwester starb später im Krankenhaus.“ Die Familie Bunga wohnte im obersten Stock zusammen mit Familie Mokodila aus Kongo: Hier kamen die Mutter und ihre fünf minderjährigen Kinder ums Leben. Der Vater, ein Exilpolitiker, war an dem Abend beruflich unterwegs. Esperança überlebte nur, weil ihr Vater sie auf dem Rücken über die Dachrinne bis zu einer Stelle schleppte, wo das Haus noch nicht brannte.

Nach der Tragödie lebte der Vater, der an einer damals noch unheilbaren Krankheit litt, seine letzten fünf Jahre in der Angst, seine zwei Töchter als Waisen zurücklassen zu müssen. Als er 2001 starb, wurden die Schwestern Bunga von einer in Nürnberg lebenden Cousine des Vaters adoptiert. Die Angolanerin entschied sich dafür, die traumatischen Geschehnisse zu verdrängen: „Ich weiß, dass es nicht gut ist, Geschehenes zu ignorieren, aber ist es besser, für immer mit diesem Schmerz zu leben?“, fragt sie. „Über das Feuer rede ich nur mit Freunden, von denen ich denke, sie sind Freunde fürs Leben Und auch denen erzähle ich es nur einmal und dann nie wieder. Ich hasse es, als Opfer betrachtet zu werden.“ Nicht einmal ihre Lehrer wussten, was passiert ist. Und sie war nie mehr in der Hafestraße, auch nicht, wenn sie in Lübeck war.

Der Brand steht als rechtsextremes Verbrechen in einer Reihe von vielen, die von unabhängigen Institutionen und antirassistischen Nichtregierungsorganisationen

dokumentiert werden. Er ist alles andere als ein Einzelfall. Seit dem Ende der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands wurden Hunderte Ausländer von Neonazi-Horden verfolgt, vor allem in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR), im Osten Deutschlands. Mindestens 217 Personen verloren ihr Leben. Gleich in den ersten Jahren des vereinigten Deutschlands waren auch mosambikanische und angolische Arbeiter, die im Rahmen eines Arbeitsabkommens zwischen den sozialistischen Republiken in die DDR gekommen waren, unter den ersten Opfern eines rassistischen Vorurteils, das die meisten Deutschen mit dem Ende der Naziherrschaft als begraben betrachteten.

### **Ein Sturm der Gewalt**

Amadeu António wollte Flugzeugmechaniker werden. Um diesen Traum zu verwirklichen, kam der Angolaner im Alter von 25 Jahren im Rahmen eines Abkommens zwischen den Regierungen seines Landes und des kommunistischen Deutschlands 1987 in die DDR. Doch die Deutschen hatten andere Pläne: „Man sagte uns, wir würden studieren und dann mit der entsprechenden Ausbildung nach Angola zurückkehren, um dort eine wichtige Rolle in der Entwicklung unseres Landes zu spielen“, sagt der heute 57 Jahre alte Jone Munjunga, der mit Amadeu in der ersten Gruppe der Vertragsarbeiter dabei war. Doch gleich nach der Ankunft machte man ihnen deutlich, dass sie in einer Fabrik im Brandenburgischen Eberswalde arbeiten würden, 50 Kilometer entfernt von Berlin. „Um vier Uhr früh wurden wir abgeholt und zu einem Schlachthof gefahren. Schon von Weitem hörte man das Quietschen der Schweine. Wir waren einem fleischverarbeitenden Betrieb zugeteilt worden.“

Sie waren enttäuscht von der Arbeit. Und sie merkten schnell, dass sie getrennt von den anderen leben sollten: „Rassismus gab es schon in der DDR, nur wurde er unter der Decke gehalten“, sagt der aus Luena, Provinz Moxico stammende Angolaner, der dort Buchhalter im Wohnungsbauministerium gewesen war. „In der Fabrikantenne gab es Tische für Deutsche und andere für uns. Wir sollten keinen Kontakt zu den anderen haben und lebten isoliert von der übrigen Ortschaft in einem Wohnheim. Die meisten Restaurants und Gaststätten durften wir nicht betreten, und niemand ließ uns im Bus neben sich sitzen. Wenn herauskam, dass einer von uns ein Kind mit einer Deutschen bekommen würde, zwang man sie zur Abtreibung.“

Munjunga staunte auch über die Unwissenheit seiner Kollegen, die keinen Zugang zu Nachrichten aus dem Westen hatten: „Sie wussten nichts über die deutsche Geschichte, weder über die Nazizeit noch über den Krieg, nichts. Und sie wunderten sich, dass wir das alles wussten. Wir waren damit indoktriniert worden, dass es in sozialistischen Ländern keinen

Rassismus gäbe, mussten dann aber feststellen, dass es in der DDR schrecklich viel Unkenntnis gab und die tiefe Überzeugung herrschte, die Deutschen seien ein überlegenes Volk.“

In dieser Umgebung lebte Amadeu António seine ersten Jahre in Deutschland – die, ohne, dass er es ahnte, auch seine letzten sein sollten. Im November 1989 fiel die Berliner Mauer, Ostdeutschland geriet durcheinander: Die kommunistischen Strukturen verfielen, Tausende Bewohner wanderten in die Städte im Westen aus, Hunderte Firmen mussten schließen und etliche mehr entließen Beschäftigte, um sich den kapitalistischen Vorgaben an Produktivität anzupassen. Die Arbeitslosigkeit explodierte, und mit ihr die Angst, dass die wenigen Ausländer im Osten, sich die wenigen Arbeitsplätze schnappen würden. „Es war wie ein Wirbelsturm, der alles auf den Kopf stellte“, erinnert sich Munjunga.

Es dauerte nicht lange bis der Rassismus offen zutage trat. Viele plötzlich perspektivlos gewordene deutsche Jugendliche rotteten sich zu rechtsextremen Gruppen zusammen, die sich in Kleinstädte wie Eberswalde ausbreiteten. Im Lauf des Jahres 1990 nahmen Verfolgung und Gewalt gegenüber Fremden sprunghaft zu. „Wir lebten im Kriegszustand“, fasst Munjunga die Lage zusammen. „Man konnte nicht auf die Straße gehen, ohne bedroht oder angegriffen zu werden. Unsere Frauen wurden beleidigt, sogar im Kindergarten wurden Kinder mit schwarzer Hautfarbe eingeschüchtert.“ Angesichts der Gefahr und mit dem Ende der Vertragsarbeitsabkommen gingen die meisten Mosambikaner und Angolaner zurück nach Afrika. Amadeu nicht. Er hatte sich in die Deutsche Gabi Schimanski verliebt, und sie erwartete ein Kind von ihm. „Wer in Deutschland Familie hatte, durfte bleiben“, erinnert sich Munjunga, dessen Freundin ebenfalls schwanger war.

Am Abend des 24. Novembers 1990 besuchte der Angolaner eine Abschiedsfeier von Mosambikanern, die nach Maputo zurückgingen, im Hüttengasthaus, einem der wenigen Lokale der Stadt, in der Schwarze willkommen waren. Das Wirtsehepaar war bei den Afrikanern so beliebt, dass sie „Papa Schulz“ und „Mamã di Funje“ genannt wurde. Zugleich hatten sich in Eberswalde Neonazis zusammengerottet: 50 Extremisten zogen auf der Suche nach Schwarzen, die sie lynchen konnten, durch die Stadt, und bekamen einen Hinweis auf das Fest in der Gaststätte. Die Wirtsleute, die gewarnt worden waren, baten die Gäste, das Lokal zu verlassen. Aber es war zu spät. Die Angreifer fingen Amadeu ab und fielen zu zehnt mit Fausthieben, Baseballschlägern und Stahlkappenstiefeln über ihn her. Als ihr Opfer bereits bewusstlos am Boden lag, sprang ihm einer von ihnen mit beiden Füßen auf den Kopf. Drei Streifenpolizisten waren Zeugen des brutalen Übergriffs, schritten aber nicht ein. Der Angolaner wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er schließlich am 6. Dezember starb. „Wir

mussten uns eine Gefriertruhe leihen, um seine Leiche darin aufzubewahren, weil das Krankenhaus dafür nicht zuständig sein wollte“, erinnert sich Munjunga.

Amadeu war der zweite Tote rassistischer Angriffe im vereinigten Deutschland. Der Mord schockte das ganze Land, das damals solch heftigem Fremdenhass auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch nicht wahrhaben wollte. Der Prozess aber endete mit milden Strafen, meist weniger als vier Jahre Gefängnis. Die drei der Mittäterschaft durch Unterlassen beschuldigten Polizisten wurden freigesprochen. „Polizei und Staatsanwaltschaft untersuchten den Fall nur schleppend und unzureichend“, sagt Ronald Reimann, damals Anwalt der Frau von Amadeu António. „Es gab wenig Interesse, gegen die mehr als 60 Beschuldigten vorzugehen. Ihre neonazistischen Überzeugungen spielten dabei keine Rolle. Im Prozess zeigte das Gericht viel Verständnis für die Verdächtigen und Zeugen aus der Skinhead-Szene. Tatsachen wurden heruntergespielt und ihre fremdenfeindliche Haltung stand nicht im Mittelpunkt.“ António Cascais, ein deutsch-portugiesischer Journalist, der über den Fall berichtete, nennt das Verfahren „beschämend“: „Deutschland hat lange gebraucht, um sich nach der Wiedervereinigung neu zu ordnen. Die Polizei war sehr schlecht vorbereitet und das Justizsystem war chaotisch. Weder gab es genügend Richter noch Staatsanwälte. Da die Kommunisten entfernt worden waren, mussten entsprechende Fachleute aus Westdeutschland dazu bewegt werden, in den Osten zu gehen. Aber wer wollte das? Eigentlich niemand. Also wurden die Schlechtesten und Unerfahrensten dorthin versetzt mit dem Versprechen eines schnellen Aufstiegs auf der Karriereleiter.“ Doch: Viele Polizisten, Politiker und Richter zeigten auch Verständnis für die empfundene Frustration der Deutschen aus der DDR, wenn sie nicht gar deren menschenfeindlichen Haltungen teilten. „Es war keine Minderheit“, sagt der Journalist. „Die Bürger applaudierten, und die örtlichen Politiker nahmen die Angreifer in Schutz. In einer sächsischen Kleinstadt heuerten Stadtverordnete sogar selbst einen Skinhead an, um eine Flüchtlingsunterkunft in Brand zu stecken - so war die Lage.“

Die Mörder des Angolaners zeigten nie Reue. In ihren Aussagen vor Gericht konnten sie ungerügt wiederholt „Neger“ sagen. Amadeus Frau musste sogar unter Polizeischutz gestellt werden, betont Reimann: Der Kinderwagen des inzwischen geborenen Amadeu António Junior wurde mit Hakenkreuzen beschmiert.

Cascais erinnert sich an sein berühmtes Interview mit dem Angreifer Sven M., der schon wenige Monate nach dem Prozess wieder auf freiem Fuß war: „Als ich ihn fragte, ob er die Tat

bereue, antwortete er mir, der ‚N...‘ sei selbst schuld gewesen, dass er die Gaststätte verlassen habe. Er hätte doch gewusst, dass sie davor standen.“ Amadeus Leichnam wurde nach Angola überführt, ohne jede staatliche Unterstützung oder Begleitung durch deutsche Vertreter. Seine Eltern in Angola erhielten weder Erklärungen noch eine Entschädigung.

Ähnliches erlebte die Familie des Mosambikaners Jorge João Gomondai, der am 30. März 1991 mit 28 Jahren von drei Neonazis in der Bahn in Dresden ermordet wurde. „Ich erfuhr vom Tod meines Bruders erst Tage danach aus dem Radio“, erzählt der heute 60-jährige Pita Paulo Gomondai, Jorges ältester Bruder, von Manica in Mosambik aus. „Ich ging zur Generaldirektion für Arbeit, aber dort hatte man keinerlei offizielle Information. Etwa zwanzig Tage danach hörte ich dann im Radio, Jorge solle in Deutschland beigesetzt werden. Das durfte nicht sein, wir wollten meinen Bruder nach unseren Traditionen bestatten. Ich erreichte seine Überführung, musste aber den Transport selbst bezahlen und auch sonst alles alleine machen. Von deutscher Seite nahm nie jemand Kontakt mit mir auf, auch nicht vonseiten der mosambikanischen Botschaft.“

Auch Gomondais Peiniger erhielten nur milde Strafen: Der Hauptverantwortliche bekam zweieinhalb Jahre wegen Totschlags durch Unterlassen, seine beiden Mitangeklagten eineinhalb Jahre auf Bewährung. Die Angehörigen durften bei dem Prozess nicht dabei sein und erfuhren die Einzelheiten erst von deutschen Journalisten, die sie zwei Jahre danach in Manica aufsuchten. „Sowohl Deutschland als auch Mosambik waren damals in einer politischen Krise und wollten derartige Fälle möglichst unter Verschluss halten“, sagt Pita Paulo. „Aber es schmerzt. Nicht nur der Verlust eines guten Bruders, der kurz davor stand, nach Mosambik zurückzukehren, sondern auch die respektlose Art, wie man mit uns umgegangen ist.“

Emiliano Chaimite, ein weiterer mosambikanischer Vertragsarbeiter, war erst seit 12 Tagen in Dresden, als Jorge Gomondais Leiche neben den Bahnschienen gefunden wurde. Er war erschrocken. „Das Klima war dermaßen feindselig. Wir durften im Bus oder in der Bahn nicht in den hinteren Reihen sitzen, denn dort konnte man uns behelligen, ohne dass es der Fahrer bemerkte. Wenn Dynamo Dresden ein Heimspiel hatte, konnte man ebenfalls nicht auf die Straße gehen, weil Ultras dann in der ganzen Stadt Jagd auf Schwarze machten“, erinnert sich der heute 55-jährige SPD-Politiker. „Einmal vergaß ich, dass Dynamo spielte, und ging abends joggen. Auf einer Brücke liefen mir Neonazis über den Weg und verfolgten mich. Ich musste regelrecht um mein Leben kämpfen, immerhin konnte ich einem von ihnen einen Fausthieb verpassen und entkam. In den Tagen nach solchen Begegnungen mussten wir dann besonders wachsam sein, denn man lauerte uns auch zu Hause auf oder behelligte unsere Familien.“



Doch nicht nur Afrikaner waren Ziel solcher Gewalt: Die Liste der rechtsextremen Verbrechen führt an, dass sich der Hass auch gegen Slawen, Latinos, Asiaten, Araber, Juden richtete, auf letztendlich alle Ausländer. Auch auf Nuno Lourenço Fontinha aus dem portugiesischen Trás-os-Montes. Damals waren zahlreiche portugiesische Unternehmen mit dem Aufbau von Infrastruktur in ostdeutschen Städten beauftragt, und Fontinha arbeitete bei Soares da Mota auf einer Baustelle in einem Leipziger Außenbezirk. In der Nacht vom 4. Juli 1998, seinem 49. Geburtstag, betrat Fontinha eine Telefonzelle, um mit seiner Frau Noémia zu telefonieren, gleichzeitig verlor in Frankreich während der Weltmeisterschaft 98 die deutsche Nationalmannschaft gegen Kroatien mit 3:0. Eine Gruppe von acht Neonazis im Alter von 15 bis 21 Jahren beschloss, ihre Enttäuschung über die Niederlage damit abzureagieren, dass sie Ausländer verprügelten. Der erste, auf den sie stießen, war der Portugiese. „Ich hörte den Hörer fallen und dann Schreie und die entsetzlichen Geräusche, als sie meinen Mann tot prügelten“, erinnert sich seine Witwe noch heute sehr bewegt. Nach Tritten gegen den Kopf und Schlägen mit Eisenstangen ließen sie den Portugiesen halb tot zurück. Die Polizei fasste die Täter nur kurz danach.

Was sich in den Monaten darauf abspielte, lässt sich als weiteres Beispiel für die relative Gleichgültigkeit im Umgang deutscher Behörden mit derartigen Vorgängen lesen. Nach 27 Tagen im Krankenhaus wurde Nuno Fontinha dem Personal einer Linienmaschine nach Porto übergeben: „Von der Fluggesellschaft hieß es, es ginge ihm gut, aber als ich ihn abholen kam, war er voller Wunden und Hämatome, nicht mehr wiederzuerkennen. Er hatte das Gedächtnis verloren, erkannte niemanden mehr. Wir pflegten ihn noch sechs Monate lang, aber die Hirnschäden waren irreversibel“, sagt Noémia. Schließlich starb er am 28. Dezember desselben Jahres. „Er starb mit dem Kopf an der Brust meines jüngsten Sohnes, der sich von diesem Trauma nie mehr erholt hat“, klagt die Witwe. „Und auch ich wurde meines Lebens nie mehr froh.“

Noémia verlangte Gerechtigkeit. 17 Mal reiste sie nach Leipzig und gab fast 20.000 Euro für den Prozess gegen diejenigen aus, die ihren Mann umgebracht hatten. Obwohl sie mit frischen Spuren, etwa Resten der Kopfhaut des Opfers an den Stiefeln, festgenommen worden waren, aus ihrer Tötungsabsicht keinen Hehl machten und auch bekannt wurde, dass der für den Tod hauptverantwortliche Andreas Schulz ausgesagt hatte, „hätte ich ein Messer gehabt, hätte ich ihm die Kehle durchgeschnitten“, war die höchste Strafe, die verhängt wurde (für Schulz) vier Jahre Gefängnis. „Gleichzeitig wurde verfügt, dass mir die Verbrecher 55.000 Euro zu zahlen hätten; bis heute habe ich davon keinen Cent gesehen“, sagt Noémia.

Dutzende Portugiesen wurden damals von Neonazis angegriffen. „Es herrschte damals diese sehr portugiesische Mentalität, in Deutschland nicht auffallen zu wollen, dem Land, das schließlich die Firmen bezahlte, für die sie dort arbeiteten. Auch Botschaftsangehörige vertuschten die Vorfälle, damit die Deutschen nicht andere engagierten. Man steckte die angegriffenen Arbeiter in Kleinbusse und schickte sie noch mit blau geschlagenen Augen und Platzwunden am Kopf zurück nach Portugal, und die Arbeit ging weiter“, sagt Cascais, der zahlreiche Fälle in dieser Zeit dokumentierte. „Ich erinnere mich, wie Arbeiter mir erzählten, sie hätten schon auf Baustellen in Venezuela, Brasilien, Ägypten oder Zimbabwe gearbeitet, und nirgends sei es so gefährlich gewesen wie im Osten Deutschlands.“

### **Rassismus hinter der Mauer**

Laut der in Deutschland vorherrschenden Erzählung sei die rassistische Gefahr auf dem Gebiet der früheren DDR erst nach der Mauer entstanden, aus Enttäuschung über den Einigungsprozess der neuen Bundesregierung unter Helmut Kohl und der daraus resultierenden Schlechterstellung der Arbeiter im Osten. Das sozialistische Regime, das in der DDR mehr als vierzig Jahre lang Mangelwirtschaft verwaltete, rühmte sich, Nazismus und Rassismus auf seinem Gebiet ausgerottet zu haben. Der heute 75-jährige Historiker Harry Waibel konnte hingegen beweisen, dass dieses Bild falsch ist: „Der DDR gelang nicht nur nicht die Ausrottung des Rassismus, sondern oft ließ sie auch zu, dass er sich weiter verbreitete.“

Nach jahrzehntelanger Recherche in den Archiven der DDR-Staatssicherheit StaSi nennt Waibel entwaffnende Zahlen: an die siebentausend Neonazi-Aktionen, 725 fremdenfeindliche Angriffe an mehr als 400 Orten, mehr als 200 Pogrome (Gemeinschaftliche Hetzjagden auf Einwanderer) mit Betroffenen aus 30 Ländern und schließlich zehn Todesopfer rassistischer Angriffe. Unter diesen konnte Waibel auch zwei vergessene portugiesisch-sprachige Leben ausmachen: Carlos Conceição, 19, und João Manuel Diogo, 23, die ersten beiden von Neonazis ermordeten mosambikanischen Auszubildenden. Conceição wurde von sechs Neonazis in Staßfurt in den Fluss Bode geworfen und soll vor 60 tatenlos Zuschauenden ertrunken sein. „Der Prozess dokumentiert den Kommentar eines der damals Zuschauenden: ‚Da treibt ein Stück Kohle‘“, berichtet der Autor der Dokumentation von Rassismus in der DDR unter dem Titel *Die braune Saat*. Die Behörden stuften das Verbrechen dennoch nicht als fremdenfeindlich oder rassistisch ein: Der Haupttäter wurde zu fünf Jahren Gefängnis, „wegen schwerer Körperverletzung“, verurteilt.

Immerhin wurde das Verbrechen als solches anerkannt. Anders als beim Tod von João Manuel Diogo, 23, dessen Leiche in der Nacht des 30. Juni 1986 mit abgetrennten Gliedmaßen neben einer Eisenbahnstrecke in der Nähe von Dessau gefunden wurde. Nach drei Tagen kam die Polizei zu dem Schluss, der Mosambikaner sei betrunken aus dem fahrenden Zug gestiegen und von der Lokomotive überrollt worden. „Es kam mir merkwürdig vor, dass so ein Unfall als ‚vertraulich‘ eingestuft war. Später räumte der damalige mosambikanische Botschafter ein, dass die deutschen Behörden ihm seinerzeit mitgeteilt hätten, dass Diogo von Neonazis ermordet wurde, man habe sich entschuldigt und er habe Stillschweigen zugesichert“, berichtet Waibel. Immerhin führten diese neuen Erkenntnisse zu einer Prüfung der Wiederaufnahme der Ermittlungen durch die Potsdamer Staatsanwaltschaft, die aber im März 2020 erklärte, dafür nicht genügend Anhaltspunkte gefunden zu haben. Waibel gibt sich damit nicht zufrieden: „Es gab viele rassistische Vorfälle wie der von Diogo, bei denen Menschen zu Tode kamen oder schwer verletzt wurden, die vertuscht und verschwiegen wurden, weil Jagden und Angriffe auf Ausländer nicht zu dem Bild passten, das die DDR von sich in die Welt tragen wollte“, sagt er. Waibel recherchierte, dass es 1990, dem Jahr ihres Zusammenbruchs, in der DDR um die 400 neonazistische Zellen gab. Ihre Mitglieder mischten in Fangruppen von Fußballvereinen mit, in der rechten Heavy-Metal-Szene, aber auch in Schulen und Fabriken, in der Armee und bei der Polizei.

Dazu kam es laut dem Forscher, weil die in der DDR herrschende autoritäre, militaristische und ultranationalistische Ideologie Berührungspunkte mit dem vorangegangenen Nazi-Regime hatte, verschärft noch durch deren Weigerung, sich mit Begriffen wie Neofaschismus oder Antisemitismus auseinanderzusetzen, für die es im kommunistischen Sprachgebrauch keinen Platz gab. „Die DDR versagte bei der ‚Entnazifizierung‘ grandios, da Unterstützer der Nazis in die kommunistische Regierungselite übernommen wurden“, erklärt der Wissenschaftler.

Der Werdegang von Ingo Hasselbach, ein neonazistischer Anführer aus Berlin Anfang der 1990er-Jahre, stützt Waibels These. Als Sohn von Kommunisten wurde Hasselbach mit 13 Jahren zunächst Punk: „Mir war schnell klar, dass man als Punk die Stasi ärgerte, und dann, dass man sie als Skinhead noch mehr ärgern konnte“, sagt Hasselbach, der vor 25 Jahren aus der rechtsextremistischen Szene ausgestiegen ist. „Da uns die Stasi nichts machen ließ, war es eine Art Zeitvertreib, sie zu ärgern. 1986 hatte ich es so satt, dass ich versuchte, über die Mauer in den Westen zu kommen und wurde natürlich gefasst.“ Hasselbach wurde mit Nazis zusammengesperrt, die Kriegsverbrechen begangen hatten, wie dem zu lebenslanger Haft verurteilten Heiz Barth, dem Mörder von Oradour, oder dem Dresdener Gestapo-Chef Henry

Schmidt, der die Deportation der dortigen Juden nach Auschwitz zu verantworten hatte. „Mit ihren 70 oder 80 Jahren waren sie immer noch stolz auf das, was sie getan hatten und sahen es als Notwendigkeit in Zeiten des Krieges an“, erzählt Hasselbach. „Sie merkten schnell, dass die Jugendlichen, die da mit ihnen einsaßen, eine riesige Wut auf das System und die kommunistische Ideologie hatten. Das nutzten sie geschickt, um uns zu radikalieren. Hätte man mich in eine Zelle mit Hare Krishnas gesteckt, hätte ich mich ihnen angeschlossen. Leider waren es bei mir Nazis.“

Kaum war die Mauer gefallen, ging der damals 23-jährige Skinhead mit seinen Freunden nach Hamburg und lernte den Anführer der dortigen Neonazis, Michael Kühnen, kennen: „Er wusste, dass die Jugend im Osten Deutschlands unzufrieden und desorientiert war und dass dies ein fruchtbarer Boden für die Neonazi-Ideologie war“, erklärt Hasselbach, der dann die Rolle als Führer in Ostberlin übernahm. Er besetzte mit zehn Freunden ein Haus, zwei Wochen später waren sie schon mehr als hundert. Finanzierung und Propagandamaterial erhielten sie aus nationalistischen Zellen in Holland und hatten anfangs sogar gute Presse. Sie gründeten eine Partei, die Nationale Alternative, distanzierten sich dabei aber vom Hitler-Image – „der für die Bevölkerung nur für Völkermord stand“ – und prägten den Slogan „Deutschland den Deutschen“.

1990 nahmen sie auf der Straße den Kampf gegen die Antifa auf, militante Linksextremisten, die in Berlin ebenfalls leer stehende Häuser besetzt hatten. Hasselbach ging kaum mehr auf die Straße, ohne von Dutzenden Kameraden umringt zu sein, und zugleich kam es überall im Land zu immer mehr rechtsextremen Angriffen auf Ausländer. Ihm gefiel das nicht: „Ich verstand mich immer als Ideologe und habe nie selbst einen Einwanderer angegriffen“, sagt er. Als 1992 Neonazis ein von Türken bewohntes Wohnhaus in Brand steckten und zwei Menschen starben, entschloss sich der „Führer“ auszusteigen. „Das war sehr kompliziert. Meine Brüder wurden verprügelt und meiner Mutter schickte man eine Briefbombe, die zum Glück nicht explodiert ist. Aus der Neonazi-Szene auszusteigen, ist wie eine Sekte zu verlassen.“ Seitdem hilft Hasselbach anderen Neonazis beim Ausstieg aus der Bewegung.

Auch der Mosambikaner Ibraimo Alberto machte Bekanntschaft mit diesen Auseinandersetzungen in Berlin. Er landete im Juni 1981 im Rahmen des bilateralen Arbeitsabkommens in der Stadt und wurde wie Amadeu António in einem Schlachthof eingesetzt. „Es half mir nichts, ihnen zu erklären, dass ich Moslem bin und kein Schweinefleisch anfassen darf“, berichtet er. Ibraimo, der von sich sagt, es nicht ertragen zu können, wenn Schwache leiden, erkannte schnell, dass er und seine Landsleute in dieser Gesellschaft das

schwächste Glied waren. Also bat er seine Deutschlehrerin, ihm ein Boxtraining zu vermitteln. „Diese Entscheidung rettete mir das Leben“, sagt der heute 58-Jährige.

Der Mosambikaner wurde ein geachteter Boxer. Von 211 Kämpfen verlor er nur 17 und siegte mehr als 40 Mal durch K.O. „Wenn ich in kleineren Städten im Berliner Umland kämpfte, war eine entsetzliche Stimmung. Ich stieg in den Ring und wurde als Affe beleidigt, man machte sich lustig darüber, dass ich Schwarz bin. „Wenn der Kampf begann, war ich dann oft schon so geladen, dass ich die Gegner gleich beim ersten Angriff K.O. schlug“, erinnert er sich. Beim Hinausgehen musste er von befreundeten Boxern abgeschirmt werden, weil das Publikum ihn am liebsten umgebracht hätte. „Fast 20 Jahre lang war das mein Alltag als Boxer im Osten Deutschlands.“ Er hat aufgehört zu zählen, wie oft er sich auch außerhalb des Boxrings körperlich zur Wehr setzen musste. „Ich wurde im Bus provoziert, in der Bahn, auf der Straße, und ich warnte sie immer. Wenn sie mich nicht in Ruhe ließen, würde ich ihnen eine verpassen. Die Leute riefen: ‚Er hat ihn totgeschlagen‘, und ich sagte: ‚Der ist nicht tot. Der kommt gleich wieder zu sich, und wenn er Glück hat, wird er sich noch erinnern, dass er ein Rassist ist‘“.

Ibraimo und Manuel Diogo waren seit ihrer Kindheit befreundet. Als Manuel Diogo starb, sagt Ibraimo, wusste er gleich, dass es Neonazis gewesen waren. 1990 überlegte er nach Mosambik zurückzugehen, träumte davon, Trainer der Box-Nationalmannschaft zu werden. „Aber dann setzte ich mir in den Kopf, dass der Rassismus mich nicht daran hindern sollte, in Deutschland zu bleiben. Ich musste es hier schaffen.“

Er bereut diese Entscheidung nicht. Ibraimo setzte sich als Boxtrainer und Sozialarbeiter durch. 2010 klopfte der rassistische Hass erneut an seine Tür. Eine Gruppe Neonazis stürmte ein Fußballspiel der Mannschaft seines damals 17-jährigen Sohnes und drohte ihn umzubringen. Ibraimo saß auf der Tribüne und brüllte den Randalierern entgegen, sie müssten erst ihn töten. Die Polizei konnte die Gemüter beruhigen, doch wenige Wochen danach rotteten sich die Nazis erneut zusammen und griffen die Wohnung der Familie in Schwedt (Oder) an. Nachbarn und Polizei konnten letztendlich verhindern, dass er gelyncht wurde, doch Ibraimo entschloss sich, mit seiner Frau und den zwei Kindern nach Karlsruhe umzuziehen, ans andere Ende des Landes. „So viele konnte ich gar nicht verprügeln. Es war die einzige Lösung zum Schutz meiner Familie.“

### **Die Hoffnung in Person**

Drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung ist es Deutschland immer noch nicht gelungen, sich der Bedrohung durch den Rassismus zu entledigen. Trotzdem hat sich die Situation für

ethnische Minderheiten nach und nach ein wenig verbessert. 2000 gab es einige positive Signale. Als der Mosambikaner Alberto Adriano, Vater von drei Kindern, von drei Neonazis in einem Park in Dessau zu Tode geprügelt wurde, wurde der Haupttäter tatsächlich des Mordes aus rassistischen Motiven angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt. Ronald Reimann, der als Anwalt auch Adrianos Familie vertrat, macht den Unterschied zum zehn Jahre zurückliegenden Fall Amadeu António deutlich: „Jetzt wurde der Fall von der Generalbundesanwaltschaft als ‚Bedrohung der nationalen Sicherheit‘ übernommen und als ‚von höchster Bedeutung‘ behandelt. Es ging alles sehr schnell, und die Urteile waren wegweisend“, sagt er.

Doch auch wenn der Staat Plattformen zur Unterstützung von Einwanderern und Entschädigungsfonds für Rassismus-Opfer finanziert, sind es die Zivilgesellschaft und insbesondere Menschen, deren Leben selbst von rassistischen Vorurteilen beeinträchtigt sind, die sich am meisten gegen den Hass engagieren. In Eberswalde gründete Jone Munjunga den Verein Palanca zum Gedenken an Amadeu António und um afrikanische Kultur bekannter zu machen. Als Sozialarbeiter hilft er Geflüchteten aus anderen Gegenden Afrikas, wie Eritrea, Somalia oder Sudan.

Über die Initiative Light Me Amadeu sammelte António Cascais Geld, damit die Mutter des Opfers, Helena Afonso in Luanda ihr Haus im Armenviertel Rocha Pinto regendicht machen konnte. Cascais gelang es auch, sie nach Eberswalde zu holen, damit sie den Ort sehen konnte, an dem ihr Sohn starb. „In der afrikanischen Tradition ist es wichtig für eine Mutter zu wissen, wo ihr Sohn gestorben ist. Als sie ankam, fiel sie auf die Knie und weinte“, erinnert sich Cascais, der auch Spenden für Noémia Fontinhas sammelte für den Prozess um den Mord ihres Mannes.

Emiliano Chaimite gründete Vereine wie „Afroeuropa“, um Begegnungsorte für Mosambikaner zu schaffen. Er setzte sich bei der Stadtverwaltung dafür ein, dass Dresden 2007 einen Platz nach Jorge Gomondai benannte. Der Bruder des Opfers, Pita Paul, sowie seine Mutter waren bei der Umbenennung dabei.

Ibraimo Alberto ging 2017 als Boxtrainer wieder zurück nach Berlin. Er veröffentlichte eine Autobiografie, in der er verdeutlicht, wie die mosambikanischen Vertragsarbeiter betrogen wurden: „Man hatte uns versprochen, dass 60 Prozent unseres Monatslohns nach Mosambik überwiesen würde, und uns das Geld nach der Rückkehr dort zur Verfügung stehen würde. Doch es kam nie in Maputo an“, klagt er. „Die mosambikanische Regierung willigte ein, dass

das Geld unserer Arbeit zur Tilgung der Schulden verwendet wurde, die wir wegen Waffenkäufen bei der DDR hatten. Wir wurden um Tausende Euros betrogen.“ Ibraimo hat eine Petition gestartet, um durch den Bundestag eine Entschädigung der betrogenen Mosambikaner zu erwirken.

Ingo Hasselbach gründete 2000 die Organisation EXIT und konnte seitdem bereits Hunderten Personen beim Ausstieg aus extremistischen Strukturen wie Neonazi-Zellen, Mafia-Organisationen oder islamistischen Gruppen helfen. Er steht weiterhin unter Polizeischutz und lebt unter falscher Identität und Adresse.

Trotz aller Bemühungen gab es 2020 mehr rassistische Angriffe in Deutschland als in jedem anderen Jahr der zwei Jahrzehnte davor. Die Aufnahme von Hunderttausenden Geflüchteten 2015 heizte nationalistische Gruppen erneut an, wieder wurden Unterkünfte für Geflüchtete in Brand gesteckt und Anschläge gegen Zuwanderer begangen, wie in Hanau 2020, oder auch Mordserien wie die der Neonazi-Gruppe NSU.

Die heutigen Opfer sind keine Angolaner oder Mosambikaner mehr, dafür Syrer oder Afghanen. Hass bleibt Hass, ganz gleich welche Fahne nun blutig wird. „Die Angriffe heute richten sich überwiegend gegen Muslime. Die AfD, die als nationalistische Partei sogar im Parlament vertreten ist, hat zur Verbreitung der Hassrede gegen sie beigetragen“, sagt Biblap Basu, Mitbegründer von „ReachOut“, einem Berliner Verein, der Opfer von Rassismus juristisch und psychologisch unterstützt. „Ein weiterer Unterschied ist, dass sich vor 30 Jahren mehr Leute, die nicht explizit in Neonazi-Gruppen organisiert waren, an den Angriffen beteiligten, und alles sich mehr an der Oberfläche abspielte. Heute sind die radikalen nationalistischen Gruppen größer, besser organisiert und planen ihre Verbrechen im Untergrund“. Doch auch die Opfer sind laut Basu heute besser informiert und werden von Netzwerken unterstützt.

Esperança Bunga konnte bis Dezember 2020 auf solche Netzwerke nicht zurückgreifen. Um Weihnachten herum klingelte dann ihr Telefon. Es war Jana Schneider, 31, Aktivistin der Initiative Hafestraße 96, die sich für die Ermittlung der Wahrheit im Lübecker Fall einsetzt: „Wir wollten für unseren Kampf eine neue Generation von Überlebenden der Tragödie gewinnen, aber es gelang uns lange nicht, Esperança zu kontaktieren. Als ich dann ihre Telefonnummer hatte, war mir klar, dass ich ihr alles genauer erklären musste, damit sie nach Lübeck zurückkehren und in der Sache ihre Stimme erheben würde.“ Nach dem Gespräch entschloss sich die Angolanerin zum 25. Jahrestag der verhängnisvollen Nacht erstmals zur Teilnahme an einem Opfergedenken: „Ich habe all die Jahre geschwiegen, während diese Leute

sich immer dafür eingesetzt haben, dass meiner Mutter und meiner Schwester Gerechtigkeit widerfährt. Ich sagte zu meiner Schwester, dass wir nun die Koffer packen und nach Lübeck fahren sollten“, erinnert sie sich.

Als sie dort eintraf, sah sie das – inzwischen abgerissene – damalige Gebäude des Anschlags in voller Größe an eine Wand projiziert. Esperança begann zu zittern: Im Lauf eines Vierteljahrhunderts war es ihr gelungen, viele Schwierigkeiten zu überwinden, zur Schule zu gehen, Sprachen zu lernen, eine Arbeit in einem Fünfsternehotel zu finden, nach vorne zu schauen, das Erschütternde hinter sich zu lassen. Dieser Tag konfrontierte sie wieder mit den verheerenden Flammen: „Ich war zwei Jahre alt, kann mich also nicht mehr an das Geschehene erinnern“, berichtet sie, der bis heute, obwohl sie in Deutschland geboren ist, die Staatsbürgerschaft verweigert wird. „Aber als ich dieses Bild sah, sah ich die Leute vor dem Haus, wie sie gelebt hatten, wie sie versuchten, in dieser Nacht ihrem Tod zu entkommen.“

Ihr Erscheinen trug dazu bei, den Fall Lübeck wieder in die Medien zu bringen: „Das ist sehr wichtig, denn der Prozess kann nur aufgrund neuer Beweise und Zeugen wieder aufgerollt werden“, erklärt Jana, die überzeugt ist, dass bei den polizeilichen Ermittlungen gravierende Fehler gemacht wurden. Die Überlebende glaubt daran, dass es möglich ist, das Augenmerk der Justiz wieder auf den Fall zu richten: „Wieso wohl haben meine Eltern mir diesen Namen gegeben? Esperança [Hoffnung]! Ich bin die Hoffnung in Person. Und als solche weiß ich, dass die Schuldigen für das, was sie getan haben, zahlen werden. Vielleicht nicht morgen, nächstes Jahr oder im nächsten Jahrzehnt. Aber selbst wenn es am letzten Tag meines Lebens sein sollte, werden sie sich der Wahrheit stellen müssen.“